

## Erklärung von Willy Brandt im Fernsehen (9. Mai 1971)

**Legende:** Am 9. Mai 1971 erklärt Bundeskanzler Willy Brandt, bei einem Fernsehauftritt, die Gründe die die Bundesregierung zur Freigabe des Wechselkurses der Deutschmark zwingen.

**Quelle:** Die Europäische Gemeinschaft: Von der Haager Gipfelkonferenz bis zur Unterzeichnung des Beitrittsvertrages. Bonn: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 1972. 281 S. "x", auteur:x, p. 184-186.

**Urheberrecht:** (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/erklarung\\_von\\_willy\\_brandt\\_im\\_fernsehen\\_9\\_mai\\_1971-de-85e54bde-a0ab-44d2-879a-2e61bbb5c8c7.html](http://www.cvce.eu/obj/erklarung_von_willy_brandt_im_fernsehen_9_mai_1971-de-85e54bde-a0ab-44d2-879a-2e61bbb5c8c7.html)

**Publication date:** 20/12/2013

## Erklärung von Willy Brandt im Fernsehen (9. Mai 1971)

Sie alle waren und sind in diesen Tagen Zeugen des Ringens um die Stabilität unserer Währung. Sie werden auch gespürt haben, wie mühsam es ist, dieses Ringen erfolgreich zu bestehen.

Erneut ist deutlich geworden, daß es für uns keine Insel der Stabilität gibt. Aber es darf auch kein Zweifel daran geben, daß wir im Rahmen unserer Möglichkeiten alles tun wollen, um mehr Stabilität zu erzielen.

Die Bundesregierung ist für die immensen Dollarzuflüsse ebenso wenig verantwortlich wie für die Preissteigerungen, die in fast allen anderen Ländern höher liegen als bei uns. Aber es ist die Pflicht der Bundesregierung, das zu tun, was nach ihrer Überzeugung im Interesse unseres Landes jetzt notwendig ist.

Wir werden nun für einige Zeit den Wechselkurs der Mark freigeben. Das bedeutet, daß vorübergehend ausländische Währungen im Kurswert fallen und dadurch nicht nur der ausländische Geldzufluß gebremst wird, sondern auch unsere Importe verbilligt werden. Eine Aufwertung ist nicht vorgesehen. Außerdem werden wir ein binnenwirtschaftliches Stabilitätsprogramm verwirklichen. Diese Maßnahmen dienen in erster Linie dem Ziel, den Preisauftrieb zu dämpfen, der uns allen Sorge bereitet. Denn jeder von uns verspürt, daß übermäßige Preissteigerungen zu sozialen Ungerechtigkeiten führen. Daß sie die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft beeinträchtigen. Daß sie hohe Lohnforderungen nach sich ziehen. Und daß sie die für unsere gemeinsame Zukunft wichtigen öffentlichen Investitionen von Bund, Ländern und Gemeinden zu stark beschneiden. Ein wichtiger Grund für diese Preissteigerungen liegt in dem starken Geldzustrom aus dem Ausland. Dies ist zwar ein Vertrauensbeweis für den Wert unserer Mark und die Leistungskraft unserer Wirtschaft, aber dieser Geldzustrom verminderte die Möglichkeiten der Bundesregierung und der Bundesbank, die Hochkonjunktur unter Kontrolle zu halten. Deshalb mußte etwas dagegen getan werden.

Selbstverständlich bleiben wir uns unserer europäischen Verantwortung bewußt. Aber ausufernde Preissteigerungen sind kein geeigneter Ausdruck europäischer Gemeinsamkeit.

Unsere gute wirtschaftliche Entwicklung hat bisher dafür gesorgt, daß trotz der Preissteigerungen die Realeinkommen der meisten Menschen weiter gestiegen sind. Aber diese Entwicklung ist keine Sicherung dagegen, daß die Gefahr eines wirtschaftlichen Rückschlages auf uns zukommt. Die Bundesregierung will eine solche Gefahr vermeiden und hat deshalb zu außergewöhnlichen Mitteln gegriffen. Aber lassen Sie mich gleich hinzufügen: Wir sind auf das Verständnis und die Mithilfe der großen gesellschaftlichen Gruppen entscheidend angewiesen.

Ich möchte den Ministern Scheel und Schiller ausdrücklich für das Ergebnis danken, das sie in der langen Sitzung in Brüssel erzielt haben. Es ist ihnen gelungen, das Verständnis unserer Partner dafür zu gewinnen, daß die gegenwärtige Situation einschneidende Maßnahmen der Bundesregierung erfordert.

Auf dieses Verständnis - das wir anderen gegenüber oft bewiesen haben - sind wir auch am Dienstag angewiesen, wenn die Agrarminister über Sonderregelungen für unsere Landwirtschaft beschließen müssen, deren Einkommen durch Schwankungen im Wechselkurs der Mark geschmälert werden können. Die Bundesregierung hält es für ihre selbstverständliche Pflicht, den deutschen Bauern auch in dieser Lage behilflich zu sein.

Ich weiß, daß auch Teile unserer gewerblichen Wirtschaft von unseren Beschlüssen zeitweilig betroffen sein werden. Ich weiß aber auch, daß unser Wohlstand auf den Leistungen der Industrie, auf der Schaffenskraft aller Arbeitnehmer und auf dem unternehmerischen Geist beruht. Ich möchte Ihnen deshalb versichern, daß ich diese Gesichtspunkte auch bei unseren zukünftigen Entscheidungen voll berücksichtigen werde. Sie können sicher sein: Die Bundesregierung hat das Wohl des Ganzen im Auge.